

- 1 **Antrag 01/II/2018**
- 2 **Landesvorstand**
- 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- 4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
- 5
- 6 **Für eine starke SPD in Berlin: SPD organisatorisch er-**
- 7 **neuern**
- 8 Bericht der organisationspolitischen Kommission
- 9
- 10 **1. Einleitung**
- 11
- 12 Nach den schlechten Wahlergebnissen der SPD auf
- 13 Bundes- und Landesebene hallt der Ruf nach politischer
- 14 und organisatorischer Erneuerung durch die Sozialde-
- 15 mokratische Partei. Dabei ist die Erwartung groß, dass
- 16 sich die Partei neuen gesellschaftlichen Entwicklungen
- 17 anpasst und für ihre Mitglieder attraktive, neue Beteili-
- 18 gungsverfahren und moderne innerparteiliche Struktu-
- 19 ren bietet.
- 20
- 21 Um die zahlreichen Anträge im Gesamtzusammenhang
- 22 zu beraten sowie Verfahrensvorschläge zu machen und
- 23 ggf. Änderungen der Statuten vorzuschlagen, setzte der
- 24 Landesparteitag der Berliner SPD eine Organisationspo-
- 25 litische Kommission ein.
- 26
- 27 Seit Januar 2018 befassten sich Vertreter*innen des Lan-
- 28 desvorstands, aller Kreise, von Arbeitsgemeinschaften
- 29 und der Statutenkommission mit der innerparteilichen
- 30 Organisation.
- 31
- 32 Die Kommission gliederte ihre Beratungen in 15 Arbeits-
- 33 gruppen, die sich in unterschiedlichen Fragestellungen
- 34 zum Beispiel mit der Betreuung und den Beteiligungsmö-
- 35 glichkeiten der Mitglieder, mit der Organisations-
- 36 struktur, der Kampagnenfähigkeit, der Zusammenar-
- 37 beit der Gliederungen oder dem Landesparteitag be-
- 38 schäftigten.
- 39
- 40 Es ging sowohl darum, zu klären, was sich in der Ver-
- 41 gangenheit bewährt hat, als auch, vorliegende Ände-
- 42 rungsvorschläge zu diskutieren und – gegebenenfalls
- 43 strittig – abzustimmen. Dabei gab es einstimmige Vo-
- 44 ten, oft aber auch mehr oder weniger knappe Mehr-
- 45 heitsentscheidungen und unveränderte Minderheits-
- 46 meinungen.
- 47
- 48 Bei aller Debatte im Detail war sich die Kommission ei-
- 49 nig, dass die Meinungs- und Willensbildung innerhalb
- 50 der Partei auch künftig fair und transparent von unten
- 51 nach oben organisiert werden muss.
- 52
- 53 Jedem Mitglied muss – unabhängig von Herkunft, Re-
- 54 ligion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter oder
- 55 anderer persönlicher Merkmale – das gleiche Recht
- 56 garantiert werden, sich frei und ungehindert an der
- 57 Meinungs- und Willensbildung der Partei zu beteiligen.
- 58 Zugleich müssen die demokratisch legitimierten Vor-
- 59 stände auf jeder Ebene handlungsfähig sein, damit die

1 Partei in der politischen Auseinandersetzung bestehen
2 und die eigenen Beschlüsse in Regierungshandeln um-
3 setzen kann. Das wird ohne eine aktive Mitgliedschaft
4 und gesunde Finanzen nicht gelingen.

5
6 Notwendig ist daneben ein breit angelegter Prozess für
7 ein neues Grundsatzprogramm der SPD, damit sich die
8 SPD glaubwürdig politisch neu aufstellen kann. (Antrag
9 14/II/2017)

10 11 **2. Mitglieder**

12
13 Die SPD ist und bleibt eine Mitgliederpartei. Die Mitglie-
14 der tragen die Partei. Ohne das überwiegend ehrenamt-
15 liche Engagement der Genossinnen und Genossen wäre
16 die SPD weder kampagnen- oder wahlkampffähig noch
17 könnte sie ihrem Verfassungsauftrag gerecht werden,
18 an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken.

19
20 Grundvoraussetzung für eine starke SPD ist ein attrak-
21 tives, begeisterndes und glaubwürdiges Politikangebot.
22 Nur damit können Wahlen gewonnen und politische
23 Forderungen umgesetzt werden.

24
25 Die Analyse der Wahl 2017 ist aus Sicht der Organisa-
26 tionspolitischen Kommission eine gute Grundlage, um
27 über Fehler der Vergangenheit zu diskutieren und dann
28 konkrete Schlussfolgerungen zu ziehen. Ein Neuanfang
29 bedarf neben innenorganisatorischer Neuerungen vor
30 allem, dass künftig verlässliche und berechenbare po-
31 litische Positionen erarbeitet werden, dass keine leere
32 Versprechen gemacht werden, dass die SPD mit ver-
33 ständlicher Sprache spricht, mit der Zivilgesellschaft ko-
34 operiert sowie gut und wirksam regiert.

35
36 Dabei muss die SPD mit ihren Forderungen stets sicht-
37 bar bleiben und ihre Parteikultur pflegen. Für Mitglieder
38 und Bürger*innen, die noch über ihren Beitritt nachden-
39 ken, ist wichtig, wie die SPD mit ihrer Geschichte um-
40 geht, ob die Mitglieder wertschätzende Erfahrungen in
41 der Partei machen, wie Entscheidungen in der SPD zu-
42 stande kommen, welchen Einfluss Mitglieder tatsäch-
43 lich haben und ob Hürden für ein aktives Engagement
44 abgebaut werden müssen.

45
46 Deshalb gilt es, möglichst viele unserer Mitglieder für
47 die Mitwirkung in der Partei zu begeistern, ihr Wissen
48 und ihre Kenntnisse zu nutzen und sie für die Übernah-
49 me von Verantwortung vorzubereiten.

50
51 Um herauszufinden, welche Unterstützung die Mitglie-
52 der erwarten und was inaktive Mitglieder motivieren
53 könnte, künftig mitzutun, schlägt die Kommission ei-
54 nen berlinweite elektronische Umfrage bei allen Berli-
55 ner SPD-Mitgliedern vor.

56
57 Sie lehnte ab, eine Studie über die Berufe, Interessen,
58 Spezialwissen und Zeitbudgets der Mitglieder zu erhe-

- 1 ben. (Antrag 24/II/2017)
2
3 Der Vorschlag einer Onlinebefragung aller Mitglieder
4 über ihre rassistischen Diskriminierungserfahrungen
5 fand keine Mehrheit. (Antrag 22/I/2018)
6
7 Wir wenden uns gegen Sexismus, Rassismus und ande-
8 re Diskriminierungen. Wir schaffen ein Klima, das die-
9 ses nicht duldet. Tritt es dennoch auf, darf und muss es
10 angesprochen werden. Es ist die Verantwortung aller, in
11 der Partei im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Diskri-
12 minierungen vorzugehen.
13
14 Wir richten ein Gremium im Landesverband ein, das für
15 Betroffene von Sexismus, Rassismus und anderer Dis-
16 kriminierungen als Ansprechpartner dient, das Betrof-
17 fene unterstützt und ggf. Klärungen versucht. Das Nä-
18 here zu diesem Gremium wird vom Landesvorstand ge-
19 regelt. Dabei greift er auf die Erfahrungen der Jusos mit
20 ihrer Anti-Sexismus-Kommission zurück. Die Mitglieder
21 des Gremiums müssen geschult werden.
22
23 Wir dulden Sexismus, Rassismus und anderes diskrimi-
24 nierendes Verhalten in unserer Partei nicht. Bei schwe-
25 ren Fällen muss dies zum Ausschluss aus der Partei füh-
26 ren. Die Statutenkommission prüft, ob hierfür statuta-
27 rische Änderungen nötig sind.
28
29 **a. Bildungsangebote**
30
31 Ferner regt die Kommission an, mehr und neue Bil-
32 dungsangebote für Mitglieder auch außerhalb von
33 Wahlkampfzeiten zu entwickeln.
34
35 So spricht sie sich beispielsweise für Fortbildungsange-
36 bote zu Moderation und Statut aus.
37
38 Schulungen sollen Mitgliederbeauftragte bei der An-
39 sprache der inaktiven Mitglieder unterstützen.
40
41 Vor allem für neue Mitglieder soll es „Einstiegsseminare
42 in die Parteiarbeit“ geben, in denen in knapper Form ein
43 Einstieg in politische Gespräche vermittelt wird, wie sie
44 – nicht nur – im Wahlkampf geführt werden.
45 Ferner sollen Neumitglieder gezielt über ihre Betei-
46 ligungsmöglichkeiten in Abteilungen, Arbeitsgemein-
47 schaften, Foren oder Fachausschüssen informiert wer-
48 den. (siehe auch Antrag 16/I/2018).
49
50 Das Starter-Paket soll darüber hinaus auch das Leitbild
51 zur Gleichstellung enthalten.
52
53 **b. Vereinbarkeit von Beruf, Familie und politisches En-
54 gagement**
55
56 Um auch Eltern die Teilnahme an Sitzungen in Abtei-
57 lung, Kreis oder Land zu ermöglichen, soll grundsätz-
58 lich Kinderbetreuung für Kreisdelegiertenversammlun-

1 gen und Landesparteitage angeboten werden. Über ei-
2 ne eventuelle Erstattung von Babysitterkosten kann auf
3 der jeweiligen Ebene entschieden werden.

4
5 Die Kommission empfiehlt den Gremien, ihre Termine
6 langfristig zu planen, um den Mitgliedern die Teilnah-
7 me zu erleichtern. Dabei können Gremien auch über al-
8 ternierende Zeiten für den Sitzungsbeginn entscheiden.
9 (Antrag 19/ii/2017)

10
11 Sitzungen sollen transparent und im zeitlichen Verlauf
12 realistisch geplant und die Planung transparent kom-
13 muniziert werden. Dabei kann das Sitzungsende im Vor-
14 hinein festgelegt werden und sollte dann eingehalten
15 werden. (Antrag 19/ii/2017)

16
17 Ihre Sitzungen sollen in der Regel nicht länger als zwei
18 Stunden dauern. Abteilungen und Arbeitsgemeinschaf-
19 ten sollen mindestens alle acht Wochen parteiöffentlich
20 tagen. (Antrag 18/II/2017)

21
22 Quotierte Redelisten sollen auf allen Ebenen der Berli-
23 ner SPD eingehalten werden.

24
25 Ein „Funktionssharing“ – die Besetzung einer Funktion
26 mit zwei Genoss*innen, die sich die Arbeit teilen – muss
27 zunächst rechtlich geprüft werden.

28
29 Zur Unterstützung der Organisation und Struktur von
30 Sitzungen erstellt der Landesverband einen empfeh-
31 lenden Leitfaden. Einen „Verhaltenskodex“ lehnt die Kom-
32 mission ab.

34 **3. Mitgliederbeteiligung**

35
36 Die SPD muss interessant bleiben und Ort der politi-
37 schen Willensbildung sein, unter anderem mit der Er-
38 arbeitung neuer interessanter Veranstaltungsformate
39 wie Zukunftswerkstätten oder Programmforen und mit
40 mehr digitalen Möglichkeiten der Beteiligung. (Antrag
41 05/II/2017)

42
43 Intransparente Verfahren bei der Aufstellung von Kan-
44 didierenden, aber auch bei der Erarbeitung von Papie-
45 ren oder Programmen, sind hingegen geeignet, Mitglie-
46 der zu demotivieren. Deshalb wird die SPD Berlin darauf
47 achten, dass die Verfahren zur Aufstellung von Kandi-
48 dat*innen durchsichtig und fair gestaltet werden.

49
50 Die Kommission hat sich für erweiterte Beteiligungs-
51 instrumente ausgesprochen, dies allerdings grundsätz-
52 lich an die Möglichkeit der elektronischen Umsetzung
53 gekoppelt – schon um die zusätzlichen Kosten in Gren-
54 zen zu halten und die Kampagnenfähigkeit der SPD
55 nicht zu gefährden.

56
57 Dies vorausgesetzt, empfiehlt die Kommission, künf-
58 tig die Kanzler*innen-Kandidatur, die Spitzenkandida-

1 tur für die Abgeordnetenhauswahl sowie und/oder die
2 Kandidatur für das Amt des/der Regierende/r Bürger-
3 meister*in obligatorisch per Mitgliederentscheid zu er-
4 mitteln – wenn mehr als eine Bewerbung vorliegt.

5
6 Außerdem sollen vor Abschluss von Koalitionsverträ-
7 gen auf Bundes- und Landesebene immer die Mitglie-
8 der über das geplante Regierungsbündnis entscheiden.
9 (Antrag 11/II/2017)

10
11 Anders sieht es die Kommission bei Spitzenfunktionen
12 der Partei. Weder beim Parteivorsitz noch bei der/dem
13 Generalsekretär*in oder den Direktkandidaturen für
14 die Parlamente auf Bundes-, Landes- oder Europaebe-
15 ne sollen obligatorische Mitgliederbefragungen einge-
16 führt werden.

17
18 Der Vorschlag, durch eine Statutenänderung die
19 Kandidat*innen-Aufstellung für öffentliche Ämter
20 durch eine Wahlkreisvollversammlung zu ermöglichen,
21 wurde abgelehnt.

22
23 Zur Durchsetzung eines Mitgliederentscheids spricht
24 sich die Kommission für ein Quorum von zwei Fünftel
25 der Unterbezirke auf der Bundesebene und ein Drittel
26 der Kreisvorstände auf der Landesebene.

27
28 Die Kommission empfiehlt mehrheitlich, das Quorum
29 für ein Mitgliederbegehren von zehn auf fünf Prozent
30 der Mitgliedschaft abzusenken. (Antrag 12/II/2017)

31
32 Die jeweiligen Vorstände sollen künftig verpflichtet
33 werden, die Anliegen bei Mitgliederbegehren oder die
34 Abstimmungsalternativen bei Mitgliederentscheiden
35 in der Partei bekannt zu machen, möglichst elektronisch
36 oder auf den üblichen innerparteilichen Informations-
37 kanälen und ohne zusätzliche Kosten zu verursachen.
38 Dabei soll stets die Chancengleichheit gewahrt werden.
39 Die Unterschriften werden in den Geschäftsstellen ge-
40 sammelt.

41
42 Die Kreise werden zur Durchführung von eigenen elek-
43 tronischen Mitgliederumfragen ermutigt und unter-
44 stützt.

45
46 Zugleich spricht sich die Kommission gegen die Einfüh-
47 rung plebiszitärer Elemente aus. So sollen die Vorstän-
48 de nicht verpflichtet werden, die Mitglieder regelmäßig
49 und von sich aus vor wichtigen inhaltlichen Entschei-
50 dungen zu befragen oder die politische Meinung der Ba-
51 sis zu erkunden. (siehe auch Antrag 13/I/2018)

52 53 **4. Kampagnen**

54
55 Dreh- und Angelpunkt jeder Kampagnenfähigkeit ist
56 das Ehrenamt, die Mund- zu Mund-Propaganda, die
57 Überzeugungsarbeit in der Familie, am Arbeitsplatz,
58 in der Freizeit. Dazu gehört allerdings auch eine mit-

1 reißende Politik, über die man spricht.
2 Der SPD Landesverband Berlin hat mit einer steigenden
3 Mitgliederzahl und einem geringeren Durchschnittsalter
4 der Mitglieder als im Bundesschnitt gute Voraussetzungen,
5 erfolgreich Kampagnen und Wahlkämpfe zu bestehen.
6

7
8 **a. Starke SPD in der ganzen Stadt**
9

10 Die Kommission war sich einig, dass in Berlin keine
11 weißen Flecken entstehen dürfen, auf denen die SPD
12 nicht prsent ist.
13

14 So ist die Unterstützung strukturell schwacher Stadtgebiete
15 beispielsweise in den ehemaligen Ostbezirken notwendig.
16 Ohne eine Verbesserung der Ergebnisse im Osten und Südosten
17 der Stadt verlieren wir unsere Mehrheitsfhigkeit. (Antrag 05/II/2017).
18

19
20 In einer Projektgruppe können rechtzeitig vor der Wahl
21 2021 inhaltliche, programmatische sowie strategische
22 Lösungsansätze erarbeitet werden. (Antrag 06/II/2017)
23

24 Der Landesvorstand benennt eine*n Beauftragte*n für
25 strukturschwache Kreise, damit die Thematik im Landesvorstand
26 auch gebündelt prsent bleibt und mit Arbeitsaufträgen versehen
27 werden kann.

28 Eine*n Beauftragte*n für die Wahlkampfkoordinierung in den
29 stlichen Bezirken lehnt die Kommission ab.
30

31 Die Forderung, bei der Aufstellung der Landesliste für die
32 nächste Bundestagswahl die Wahlkreise Marzahn-Hellersdorf,
33 Treptow-Köpenick und Lichtenberg mit einem festen Platz bis
34 Platz 6 auf der Landesliste zu berücksichtigen, fand keine
35 Mehrheit. (Antrag 07/II/2017)
36

37 Die Kommission stimmte ferner mit breiter Mehrheit dagegen,
38 dass bei der Aufstellung von Listen mindestens ein Drittel der
39 aussichtsreichen Plätze an neue Kandidat*innen vergeben werden
40 sollen, die vorher noch kein Mandat hatten (Antrag 14/II/2017).
41
42

43 **b. Präsenz**
44

45 Die SPD muss wahrgenommen und möglichst das ganze Jahr
46 ber in der Stadt sichtbar sein.

47 Rote Busse können vor allem dort eingesetzt werden, wo
48 ansonsten kaum noch Aktivitäten stattfinden. Die Rote-Busse-
49 Teams werden entsprechend geschult.

50 Das BeTeam wird verstetigt.
51

52 Es wird ein Personalpool – die „Solidargruppe“ – von
53 Freiwilligen eingerichtet, der über den eigenen Verteiler
54 erreichbar ist. Ziel ist die Unterstützung bei Aktionen und
55 Veranstaltungen auch außerhalb der Wahlkampfzeit.
56
57

58 Spitzenkandidat*innen und Mandatsträger*innen, aber

1 auch der gewählte Landesvorstand der SPD Berlin, wer-
2 den dazu verpflichtet, sich solidarisch und proaktiv –
3 auch außerhalb von Wahlkampfzeiten – in struktur-
4 schwachen Kreisen und Abteilungen verstärkt Präsenz
5 zu zeigen.

6
7 Darüber hinaus schafft der Landesverband Equipment
8 an, (siehe auch Antrag 05/II/2017) das die Abteilungen
9 zum Selbstkostenpreis ausleihen können. Damit wer-
10 den sie unabhängig von teuren Fremd-Anbietern.

11
12 Die Kommission regt zwei bis drei thematische Mini-
13 Kampagnen des Landesverbandes in Zusammenarbeit
14 mit Kreisen zu wichtigen, die Stadt bewegenden The-
15 men an. Das Kurt-Schumacher-Haus und die zwölf
16 Kreisbüros dienen als gut vernetzte Dienstleister für die
17 Ehrenamtlichen.

18
19 Veranstaltungen mit Partnern in den Kiezen haben
20 sich darüber hinaus bewährt. Vergleichsweise günstige
21 Postkartenkampagnen (kommerzielle Kneipendisplays)
22 unterstützen die Wahrnehmung der SPD über das gan-
23 ze Jahr.

24
25 Die enge Bindung der SPD an die Gewerkschaften wird
26 verstärkt. So wird die Arbeit des Gewerkschaftspoliti-
27 schen Beirats intensiviert.

28 Es wird eine jährliche Konferenz mit Betriebs- und Per-
29 sonalräten organisiert. (Antrag 04/I/2018)

30 31 **5. Wahlkampf**

32
33 Der Parteivorstand und der Landesvorstand sollen Ent-
34 würfe für Wahlprogramme mindestens sechs Monate
35 vor dem jeweiligen Parteitag beschließen und zur De-
36 batte in die Partei geben. (Antrag 14/I/2018)

37
38 Um die Wahlkämpfer besser zu unterstützen, ist sich
39 die Kommission einig, dass die Abteilungen die wesent-
40 lichen Materialien des Wahlkampfes drei Monate vor
41 dem Wahltermin erhalten sollen.

42
43 Bei Give-Aways beschränkt sich der Landesverband auf
44 wenige klassische Produkte und stellt den Wahlkämp-
45 fenden rechtzeitig Prototypen vor. Materialschlachten
46 und „Last-Minute-Schnellschüsse“ soll es möglichst
47 nicht mehr geben.

48
49 Bei der Großflächenwerbung kann zugunsten von regio-
50 nalisierten Kampagnen und persönlichem Wahlkampf
51 gespart werden.

52 Ferner sollen größere und kleinere Abteilungen des Lan-
53 desverbandes ermutigt werden, Huckepack-Teams zu
54 bilden, um gemeinsame Aktivitäten zu organisieren
55 und sich gegenseitig zu unterstützen.

56
57 Da auf Sommer- und Familienfesten auch viele Nicht-
58 mitglieder angesprochen und Kontakte geknüpft wer-

1 den können, entwickelt der Landesverband eine Hand-
2 reichung für die Abteilungen mit gebündeltem Know-
3 How für die Organisation solcher Feste. Dabei soll es
4 auch um die Genehmigungsverfahren gehen.
5 In einem Leitfaden werden die Abteilungen außerdem
6 über die Möglichkeiten analoger oder digitaler Wer-
7 bung für ihre Veranstaltungen informiert.

8

9 **6. Landesparteitage**

10

11 Die Berliner SPD ist und bleibt eine Programm- und Mit-
12 gliederpartei. Zu jedem Parteitag liegen aus allen Glie-
13 derungen Anträge vor. Es hat sich bewährt, diese Anträ-
14 ge auf zwei Landesparteitagen im Jahr zu beraten.

15

16 Mit dem stets aktuell gehaltenen Online-System kön-
17 nen die Mitglieder, aber auch Interessierte und die Pres-
18 se jederzeit erkennen, welche Anträge gestellt wurden
19 und wie darüber abgestimmt wurde. Es sollte geprüft
20 werden, ob die Online-Begleitung des Parteitags noch
21 ausgebaut werden kann.

22

23 Ausdrücklich erkennt die Kommission die Leistung der
24 Mitarbeiter*innen des Kurt-Schumacher-Hauses an, die
25 die Landesparteitage professionell vorbereiten und für
26 einen reibungslosen, satzungsgemäßen Ablauf sorgen.

27

28 **a. Tagesordnung**

29

30 Kritik gibt es allerdings beispielsweise an der Tagesord-
31 nung, die oft mit langen Reden, Grußworten und For-
32 malien überfrachtet ist. Die Kommission plädiert dafür,
33 spätestens nach vier Stunden mit der Antragsberatung
34 zu beginnen.

35

36 Der Vorschlag, Grußworte auf eine Stunde zu beschrän-
37 ken und zwei Drittel des Parteitags für die Antragsbera-
38 tung zu reservieren (bei Wahlen ein Drittel), fand keine
39 Mehrheit. (Antrag 07/I/2018).

40

41 Die Delegierten sollen die Möglichkeit erhalten, selbst
42 über die Reihenfolge der Beratung der Antragsblöcke
43 zu entscheiden. Dies soll nicht der Antragskommission
44 überlassen werden.

45

46 Statutenändernde Anträge werden am Anfang der Par-
47 teitage behandelt. (Antrag 07/I/2018)

48 Für den Vorschlag, zeitgleich mit der Einberufung des
49 Parteitags thematische Schwerpunkte zu veröffentli-
50 chen, gab es eine Mehrheit. (Anträge 07/I/2018 sowie
51 11/I/2018)

52

53 **b. Delegierte**

54

55 Delegierte werden in den Abteilungen, auf KDVen oder
56 auf dem Landesparteitag für die jeweils nächsthöhere
57 Ebene nominiert und/oder gewählt. Die Arbeitsgemein-
58 schaften sollen keine eigenen Delegierten für die KDVen

1 und den Landesparteitag erhalten.

2

3 Keine Zustimmung gab es in der Kommission für den
4 Vorschlag, jeweils 25 Prozent einer Parteitagsdelegati-
5 on neu zu bestimmen, wobei die ausgeschiedenen De-
6 legationsmitglieder beim nächsten Mal wieder kandie-
7 ren können. (Antrag 15/II/2017)

8

9 Daneben stimmte die Kommission für den Antrag, in
10 §15* des Organisationsstatuts der SPD Berlin auch die
11 Berliner Abgeordneten des Europaparlaments, die SPD-
12 Mitglieder der Bezirksämter sowie die Berliner Mitglie-
13 der der Bundesregierung zu beratenden Delegierten des
14 Landesparteitags sowie den jeweiligen Kreisdelegier-
15 tenversammlungen aufzunehmen. (Antrag 02/I/2018)

16

17 Auf Bundesparteitagen sollen die Mitglieder der Bun-
18 desregierung mit beratender Stimme teilnehmen.

19 Dass Mandatsträger*innen grundsätzlich nicht Dele-
20 gierte mit Stimmrecht auf Landes- und Bundespartei-
21 tagen sein können, fand keine Mehrheit.

22 (Anträge 02/I/2018, 03.1/I/2018, 05/I/2018, 06/I/2018
23 aus Pankow)

24

25 Die Kommission empfiehlt, dass Mandatsträger*innen
26 grundsätzlich nicht Delegierte mit Stimmrecht auf
27 Landes- und Bundesparteitagen sein sollten.

28

29 **c. Rederecht**

30

31 Eine Ausweitung des Rederechts auf dem Landespartei-
32 tag für alle Mitglieder wird abgelehnt. Das gilt auch für
33 die KDVen.

34

35 Der Vorschlag, Delegierte, die noch nicht das Wort hat-
36 ten, vor denen auf die Redeliste in der Debatte zu neh-
37 men, die bereits gesprochen haben, wurde abgelehnt.
38 (Antrag 09/I/2018)

39

40 **d. Anträge**

41

42 Die Kommission appelliert an die Antragsteller*innen,
43 ihre Forderungen und die Begründung in den Anträgen
44 klarer zu trennen und den Antragswillen voran zu stel-
45 len.

46

47 Alle Antragsteller*innen sollen die Antragsfrist einhal-
48 ten, das gilt auch für Leitanträge.

49

50 **e. Antragskommission**

51

52 Die Anträge werden auch künftig von einer Antrags-
53 kommission vorstrukturiert und beraten.

54 Außerdem sollen sie mit einem Votum versehen wer-
55 den.

56

57 Der Parteitag soll über dieses Votum abstimmen,
58 und nicht über den Antragstext. (siehe auch Antrag

1 08/1/2018)

2

3 Das Antragsbuch soll künftig ohne die Empfehlungen
4 der Antragskommission versendet werden. (siehe auch
5 Antrag 08/1/2018)

6

7 Für die Delegiertenversammlungen der Kreise und
8 Arbeitsgemeinschaften sowie den Landesparteitag
9 werden Antragsunterlagen elektronisch zur Verfügung
10 gestellt. Delegierte, Ersatzdelegierte und Teilneh-
11 mer*innen erhalten gedruckte Antragsunterlagen,
12 wenn sie dies wünschen. Hierfür erfolgt vor der ersten
13 Sitzung der jeweiligen Wahlperiode eine Abfrage.
14 (Antrag 10/1/2018).

15

16 Die organisationspolitische Kommission lehnt die vor-
17 geschlagene Begrenzung der Mitgliedschaft in der An-
18 tragskommission ab.

19

20 Auch ein entsprechender Appell an die Kreise, ihre Ver-
21 treter*innen nur zeitlich befristet in die Antragskom-
22 mission zu entsenden, fand keine Mehrheit.

23

24 **f. Konsensliste**

25

26 Die Kommission ist dafür, die Konsensliste abzuschaf-
27 fen, und stattdessen jeden Antrag oder Antragsblock
28 aufzurufen, zu beraten und abzustimmen, damit wich-
29 tige Themen in jedem Fall aufgerufen werden und nicht
30 in der Gesamtabstimmung über die Konsensliste unter-
31 gehen.

32

33 Der Parteitag soll im Fall der Zusammenfassung von An-
34 trägen durch die Antragskommission über das Votum
35 der Antragskommission abstimmen. Im Falle, dass die
36 Anträge in der Form des Antragstellers zur Abstimmung
37 gestellt werden, wird über den Antrag (und nicht das
38 Votum der Antragskommission) abgestimmt.

39

40 Damit auch Gäste, Presse und vor allem die Delegier-
41 ten der Antragsdebatte besser folgen können, könnten
42 die Anträge auf den Leinwänden abgebildet werden.
43 Außerdem kann auf den Bildschirmen auch der Name
44 der jeweiligen Redner*innen abgebildet werden.

45

46 **7. Landesvorstand**

47

48 Forderungen nach einer breiten personellen Aufstel-
49 lung der Partei werden in der Kommission nur grund-
50 sätzlich geteilt.

51 Der Vorschlag, dass der Geschäftsführende Landesvor-
52 stand nicht fast vollständig aus Mandatsträger*innen
53 besteht, sondern die Vielfalt der Partei (Frauen/Männer,
54 Jüngere und Ältere, Genoss*innen mit unterschiedli-
55 chen Lebenshintergründen) abbilden sollte, wurde ab-
56 gelehnt. (Antrag 05/11/2017)

57

58 Dass Jusos verpflichtend in allen geschäftsführenden

1 Vorständen berücksichtigt werden müssen, fand in der
2 Kommission keine Mehrheit. (Antrag 14/II/2017, ergän-
3 zend: Jugendquote von 25 Prozent und jeder fünfte Lis-
4 tenplatz: Antrag 17/II/2017)

5
6 **8. Verbesserte Abstimmung Bezirke/Land/Bund**
7

8 Um politisch besser wirken und als Partei erkennbar
9 zu sein, ist ein gutes Zusammenspiel der unterschied-
10 lichen politischen Ebenen notwendig. Dazu müssen wir
11 den Informationsaustausch und die Abstimmung über
12 inhaltliche Themen zwischen den Gremien auf allen
13 Ebenen verbessern.

14
15 Zunächst ist eine Bestandsaufnahme nötig: Eine Über-
16 sicht über die wechselseitige Gremienteilnahme von
17 Mandatsträger*innen und Ehrenamtlichen soll erstellt
18 werden.

19
20 Vor allem eine gemeinsame Kommunikation von
21 Bundes-, Landes- und Kommunalebene kann die Posi-
22 tion der Partei in der Öffentlichkeit sichtbar machen.
23 Dazu muss die Verbindlichkeit von Absprachen verbes-
24 sert sowie die Aufmerksamkeit für Themen konsequent
25 und Ebenen übergreifend erhöht werden.

26
27 Leitanträge für Landesparteitage können gemeinsam
28 erarbeitet werden. In den Gremien sollen regelmäßige
29 Berichte abgegeben werden.

30
31 Das Format eines Jour fix, das im Sommer gemeinsam
32 mit dem Senat, Fraktionsvorstand, GLV stattfindet, soll-
33 te auch zwei Mal auch im laufenden Jahr einberufen
34 werden. Optional kann ein Tagesseminar organisiert
35 werden, um eine gemeinsame Strategie zu planen.

36
37 Angeregt wird ferner, dass sich die Landesgruppe ein
38 bis zwei Mal im Jahr mit den Fraktionsvorsitzenden der
39 BVVn und des Abgeordnetenhauses zu einer Koordi-
40 nierungsrunde trifft. Auf einem jährlichen Treffen mit
41 der/dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion können
42 grundsätzliche Absprachen getroffen werden.

43
44 Eine Landesvorstandsklausur mit den BVV-
45 Fraktionsvorsitzenden soll den Tagesordnungspunkt
46 „Zusammenarbeit Bund, Länder, Bezirke“ aufrufen.
47 Wichtig ist, dass auch die SGK ihre Vorschläge darüber
48 einbringt, wie die Vernetzung zwischen Bezirken, Land
49 und Bund vorangetrieben werden kann.

50
51 Angeregt wird, dass die/der Vorsitzende der AG Frakti-
52 onsvorsitzende einmal im Quartal im Landesvorstand
53 Bericht erstattet. Der Austausch von Anträgen zwischen
54 den BVV-Fraktionen soll institutionalisiert werden.

55
56 Zur Verbesserung der gegenseitigen Information kann
57 auch eine monatliche Übersicht dienen, in der die Ak-
58 tivitäten den jeweiligen Gliederungen zugeordnet wer-

1 den und die den Kreisvorständen zur Verfügung gestellt
2 werden sollte.

3
4 Es wird eine Koordinierungsstelle geschaffen, die ggf. in
5 einem zweiten Schritt zu einer strategischen Planungs-
6 stelle ausgebaut wird. Dort sollen Planungsstände von
7 Vorhaben (Gesetze, Anträge etc.) zusammen geführt
8 werden, um eine verbesserte Kooperation zu ermögli-
9 chen (Schaltstelle). Außerdem sollten weitere Gremien
10 (z. B. AG Fraktionsvorsitzende) eingebunden werden.

11
12 Ziel ist es daneben, die Präsenz der Senatsmitglie-
13 der, Abgeordneten und Bezirksverordneten in den
14 Wahlkreisen zu erhöhen. Die Mandatsträger*innen in
15 den Bezirken sollten mehr Einladungen erhalten, eine
16 Mandatsträger*innen-Liste mit Angaben über Themen-
17 gebiete oder Qualifikationen wird erstellt.

18
19 Zur Verbesserung der gegenseitigen Information regt
20 die Kommission an, die Tagesordnungen und Anträge
21 der BVV-Fraktionen, Fraktion im AH, des Landesvorstan-
22 des oder auch der Kreisvorstände gegenseitig zur Verfü-
23 gung zu stellen.

24
25 Die Geschäftsführer*innen tauschen sich ggf. durch wö-
26 chentliche Telefonkonferenzen untereinander aus.

27
28 Die Kommission regt die Erstellung eines Online-
29 Pools/Datenbank für Gliederungen an, in dem unter an-
30 derem Referent*innen zu einzelnen Themen aufgenom-
31 men werden, auf die Parteigremien zurückgreifen kön-
32 nen.

34 **9. Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse**

35
36 Arbeitsgemeinschaften repräsentieren die Vielfalt der
37 Mitgliedschaft und bieten gerade neuen Mitgliedern
38 die Möglichkeit, sich inhaltlich einzubringen, Verant-
39 wortung zu übernehmen und die Positionen der Partei
40 in den ihnen nahestehenden gesellschaftlichen Grup-
41 pen zu vertreten.

42
43 Die Kommission schlägt vor, alle Mitglieder ein-
44 mal im Jahr mit der Informationen „Wo-kannst-du-
45 mitmachen“ digital zu den Arbeitsgemeinschaften
46 einzuladen.

47
48 Die Neumitgliedertreffen werden auch in Absprache
49 mit den Arbeitsgemeinschaften organisiert. Die Ar-
50 beitsgemeinschaften erhalten dort die Möglichkeit, die
51 Neumitglieder gezielt über ihre Arbeit zu informieren
52 und auf gemeinsame Interessen und Vorhaben hinzu-
53 weisen.

54
55 Mitglieder sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben,
56 wohnortnah Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften zu
57 besuchen. Wo dies nicht möglich ist, wollen künftig
58 bezirksübergreifende Kooperationen gefördert und AG-

1 Strukturen gegründet werden.
2
3 Die Arbeitsgemeinschaften müssen eigene
4 Neumitglieder-Beauftragte auf Landesebene be-
5 nennen, auf Kreisebene gilt die Soll-Regelung.
6
7 Der Vorschlag der Jusos, ein automatisiertes Verfah-
8 ren für die Mitgliedsbewegung bei „Nur-Jusos“ zu ent-
9 wickeln, fand eine Mehrheit. (Anträge 17/I/2018 und
10 18/I/2018)

11
12 Auf Zustimmung stieß der Vorschlag, alle Fachausschüsse und Arbeitskreise für alle Mitglieder zu öffnen, mehr Transparenz zu schaffen und über die Arbeit regelmäßig zu informieren. (Antrag 19/I/2018)

16
17 Der Dienstagsbrief soll künftig für Mitglieder mit Beeinträchtigungen umgebaut und in einer barrierearmen Version zur Verfügung gestellt werden. (Antrag 20/I/2018)

21 22 **10. Hauptamtliche** 23

24 Die Forderung, zusätzliches hauptamtliches Personal auf Landes- oder Kreisebene zur Unterstützung der Arbeitsgemeinschaften einzustellen, wurde hingegen mit großer Mehrheit abgelehnt. (Jusos siehe auch Antrag 21/I/2018)

29
30 Keine Zustimmung fand die Idee, beim Landesverband die Stelle eines/einer Engagementbeauftragten als zentrale Anlaufstelle für Mitglieder zu schaffen.

31
32 Um in unseren Parteistrukturen und -prozessen mögliche Engagement-Hemmnisse für eine Vielfalt an Menschen abzubauen, wird das Projekt Interkulturelle Kompetenzen (IKÖ) weitergeführt. (Antrag 22/II/2017).

37
38 Alle hauptamtlichen Stellen auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene sollen zudem künftig verpflichtend parteiöffentlich ausgeschrieben werden. (Antrag 23/II/2017)

42 43 **11. Digitales** 44

45 (siehe Antrag 15/I/2018 der Jusos)
46 Mit der Absicht, Partizipationsformen zu erweitern und damit die Vereinbarkeit von ehrenamtlichem Engagement, Familie und Beruf zu erleichtern, müssen traditionelle Mitmach-Formate um Online-Mitmachmöglichkeiten ergänzt werden.

51
52 Zur Arbeitserleichterung sieht die Kommission die Einführung neuer Projektmanagement- und Kommunikationstools sowie einer parteiinternen Online-Plattform vor.

56
57 Es soll geprüft werden, wie allen Mitgliedern alle bekannten relevanten Informationen parteiintern zur Ver-

- 1 führung gestellt werden kann.
2 Ziel ist es, ein zentrales Wissens- und Informationsma-
3 nagement für den Landesverband zu haben.
4
5 Zudem wird der Beschluss des Bundesparteitages 2017,
6 bis zum Frühjahr 2019 eine SPD-App bereitzustellen, un-
7 terstützt. Diese muss durch ihr Nutzererlebnis und ei-
8 nen praktischen Mehrwert überzeugen.
9
10 Als Möglichkeit der digitalen Beteiligung auf Bundes-
11 ebene wird bis spätestens 2019 eine begrenzte Anzahl
12 von Online-organisierten Themenforen geöffnet wer-
13 den. Diese Beteiligungsform soll jeweils zeitlich be-
14 grenzt und zu aktuellen Themen erfolgen.
15 Ergänzend sollte der Landesvorstand Themenforen zu
16 Themen eröffnen, die auf Bundesebene nicht existent
17 oder landesspezifisch sind. (Antrag 12/I/2018)
18
19 Auf Bundesebene soll ein Online-Ideenmanagement als
20 Infoportal eingeführt werden, welches auf Landesebe-
21 ne genutzt werden soll. (Antrag 21/II/2017)
22
23 Die traditionellen Weiterbildungsmöglichkeiten der
24 Partei sind durch elektronische Fortbildungsmöglich-
25 keiten zu ergänzen.
26
27 Es wird den Gliederungen technisch ermöglicht, eine di-
28 gitale Beteiligung an Sitzungen und Veranstaltungen
29 anzubieten. Ob diese tatsächlich angeboten wird, ist
30 den Gliederungen überlassen.
31
32 Es soll geprüft werden, ob die Online-Begleitung des
33 Landesparteitags ausgeweitet werden kann.
34
35 Folgende Prüfaufträge wurden verabredet:
36 • Geschlossene Video- und Telefonkonferenzen – An-
37 gebote durch den Parteivorstand/Landesverband
38 • Schaffung von technischen Möglichkeiten und
39 Werbung für deren Nutzung
40 • „digitale, orts- und uhrzeitenunabhängige Betei-
41 ligungsformen ermöglichen
42 • SPDdoc-Online zur Erarbeitung von Papieren, An-
43 trägen etc., aber auch zum Abruf von bereits vor-
44 handenen Papieren (bspw. Protokollen)
45 • Abteilungssitzung transparenter und offener ge-
46 stalten, ggf. unterstützt durch Videokonferenzen
47 oder Telefonkonferenzen
48 • Weiterbildungsmöglichkeiten auch online schaffen
49 (Webinar)
50